

Untätig einer Überschwemmung zuzusehen, ist keine Lösung

Mit der Volksinitiative gegen Masseneinwanderung gilt es, eine gewichtige Weiche zu stellen. Befürworter wie auch Gegner dieser Initiative schüren altbekannte Ängste, um die Mehrheit auf ihre jeweilige Seite zu ziehen. Eine saubere Auslegeordnung kommt dabei etwas zu Kurz. In einem Punkt stimme ich mit den Gegnern der Initiative überein: Die Schweizerische Volkswirtschaft ist bis heute sicherlich nicht schlecht mit der Personenfreizügigkeit gefahren und steht auf der Gewinnerseite.

Doch wie soll nun weitergehen, insbesondere wenn harte Verhandlungen mit der EU anstehen und der bilaterale Weg von manchen schon totgesagt wird? Wenn etwas geändert werden soll, dann wäre nun der beste Zeitpunkt dafür; eine ökonomisch prosperierende Schweiz kann härter verhandeln als ein Almosenempfänger. Zudem zeigte sich bei den jüngsten Koalitionsverhandlungen in Deutschland, dass sich mit dem Druck der Parteibasis vielmehr herauschlagen lässt. Da der Koalitionsvertrag noch von der SPD Basis abegesegnet werden musste, machte die CDU mehr Zugeständnisse, um den Erfolg nicht zu gefährden. Somit dürfte eine Annahme der Initiative nicht gleich zum Bruch mit der EU führen, sondern im Gegenteil das Verhandlungsgewicht der Schweiz stärken.

Als direkte Demokratie und hochentwickeltes Staatswesen sind wir neben dem Tagesgeschäft auch dazu verpflichtet, in die Zukunft zu schauen und allfälligen Fehlentwicklungen entgegenzuwirken. Als Erfolgsmodell wird die Schweiz auch mit einer regulierten Zuwanderung weiter wachsen, aber kontrollierter. Eine Zehn-Millionen-Schweiz wird es in diesem Jahrhundert sicherlich noch geben. Die Frage ist, ob dies um 2030 der Fall sein wird, oder erst um 2060. Illusionen mache ich mir in dieser Hinsicht keine, da die globalen Trends klar erkennbar sind. Doch untätig einer Überschwemmung zuzusehen, ist auch keine Lösung. Es sollen auch noch Ressourcen für die kommenden Generationen da sein, und um die beste Lösung für die Schweiz gerungen werden.

Schon im 19. Jahrhundert musste für die Anerkennung der Schweizerischen Unabhängigkeit und Neutralität durch die Grossmächte auf dem diplomatischen Parkett gekämpft werden. Dabei hatte gerade der erste Bundespräsident, Jonas Furrer, eine bis dato leuchtende Erklärung zur Unabhängigkeit der Schweiz abgegeben. Bis heute konnten wir dieses wichtige Gut bewahren und ausbauen, daher müssen wir uns der gegenwärtigen Kontroverse stellen und neben den wichtigen wirtschaftlichen Interessen auch das Gut der Freiheit stets im Auge behalten. Denn umsonst gibt es nichts - und schon gar nicht Wohlstand und Unabhängigkeit. Ich werde für die Initiative stimmen, da eine souveräne Schweiz ihre Zuwanderung wieder selber steuern soll und nicht aus Angst vor der Masseneinwanderung. Denn Angst alleine ist immer ein schlechter Ratgeber.

Daniel Wäfler